

31. ordentlicher Landesparteitag der FDP Brandenburg am 03. September 2022

Beschluss

Seite 1 von 6

1 **BETR.: Zukunftsfähige Berufliche Bildung in Brandenburg heute**
2 **ermöglichen!**

3 **Antragsteller: Landesfachausschuss 2 (Bildung, Wissenschaft, Forschung &**
4 **Kultur)**

5 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

6 Eine Million offene Stellen in fast allen Berufen und Qualifikationen sind in Deutschland derzeit
7 unbesetzt und in den kommenden Jahren müssen 500.000 Stellen pro Jahr zusätzlich mit
8 Fachkräften besetzt werden. Dieser Arbeitskräftemangel stellt eine erhebliche Gefahr für den
9 Wohlstand Deutschlands und die Innovationsfähigkeit unserer Wirtschaft dar. Besonders hart
10 treffen wird es Branchen mit technischen Berufen und die Gesundheitswirtschaft.

11
12 **Kurzfristige Begegnung des Fachkräftemangels**

13
14 Auch wenn nationale oder europäische Aktivierungen von Fachkräftepotentialen ein
15 vorrangiges Ziel bei der Begegnung des Personal mangels sein sollten, braucht es um kurzfristige
16 Personalbedarfe zu decken, eine Modernisierung und Erleichterung des
17 Anerkennungsverfahrens von beruflichen Qualifikationen bei der Fachkräftezuwanderung mit
18 dem Ziel einer spezifischen, schnellen und nachfrageorientierten Ermöglichung von
19 Einwanderung qualifizierter Menschen von außerhalb der Europäischen Union.

20
21 Dies wird jedoch nicht ausreichen, um die Arbeitskräftelücke zu schließen, sodass man noch
22 stärker nach nationalen Arbeitskräftepotentialen suchen muss. Der Schlüssel zur Lösung ist der
23 Bereich Qualifizierung und Weiterbildung, ein bisher unterbelichtetes Handlungsfeld.

24
25 Der Staat kann und darf hierbei die Unternehmer nicht alleine lassen.

26

27 Die Landesregierung Brandenburg und die Bundesregierung werden aufgefordert, im Rahmen
28 ihrer Kompetenzen und ggf. in enger Abstimmung mit den Sozialpartnern zeitnah eine
29 belastbare Zeit- und Maßnahmenplanung zur Umsetzung von nachstehenden Punkten
30 aufzustellen:

31

32 **Berufsorientierung an Schulen in Brandenburg**

33

34 Um dem Problem und bestehenden Barrieren beim Übergang aus der Schule in eine
35 Berufsausbildung entgegenzuwirken bedarf es:

36

- 37 • noch frühzeitigerer Orientierungsmöglichkeiten im Rahmen des Schulunterrichts, bei
38 steigendem Praxisanteil bis zum Schulabschluss,
- 39 • die Einbindung von Firmen und Unternehmen in den Schulen, um regelmäßig nicht nur
40 Verständnis für wirtschaftliche Zusammenhänge zu vermitteln, sondern auch Beispiele
41 für attraktive Erwerbsbiographien jenseits von einem Hochschulstudium aufzuzeigen,
- 42 • einer Etablierung von jährlichen Schulpraktika (ggf. auch unter Nutzung digitaler
43 Angebote wie praktikumswochen.de) ab Klassenstufe 6
- 44 • einen Ausbau der Angebote zur Förderung sozialer und persönlicher Kompetenzen der
45 Schüler/-innen, die u.a. auf eine erfolgreiche Ausbildungsaufnahme hinwirken können,
- 46 • zusammengedachte Berufs- und Studienorientierungsangebote, hierzu gehört auch die
47 Ausbildungsberatung für Uni-Abbrecher,
- 48 • konzertierte Maßnahmen zur Trendumkehr bei der Verschlechterung von
49 Übergangschancen von Haupt- und Realschüler/-innen,
- 50 • entsprechend dem Koalitionsziel der Bundesregierung eine brandenburgweite
51 Etablierung von Jugendberufsagenturen,
- 52 • einer Weiterentwicklung der überwiegend analogen Beratungsinfrastruktur in hybride
53 Angebotsstrukturen und
- 54 • einen Abschied vom bildungspolitischen Ziel, nur wer ein Studium aufnimmt, ist
55 erfolgreich aus dem Schulsystem entlassen worden. Hierzu gehört auch eine
56 Imagekampagne für alle Abschlüsse, die auf eine Berufsausbildung hinauslaufen.

57

58 Bei diesen Maßnahmen darf sich das Land Brandenburg nicht nur auf Mittel der Bundesagentur
59 für Arbeit ausruhen, sondern muss angesichts der katastrophalen Lage auf dem
60 Ausbildungsmarkt Landesmittel priorisieren und Kooperationsmodelle mit Unternehmen und
61 ggf. freien Bildungsträgern neu- und weiterentwickeln.

62

63

64 **(Duale) Ausbildung in Brandenburg**

65

66 Als Grundlage für eine moderne, digitale und wettbewerbsfähige Duale Ausbildung bedarf es
67 leistungs- und zukunftsfähiger Berufsschulen. Sie sind nicht nur Partner des
68 Ausbildungsbetriebs, sondern auch Garant für die Auszubildenden ein attraktives, zeitgemäßes
69 Ausbildungsumfeld zu haben. Um betriebliche Ausbildung in Brandenburg zu stärken, braucht
70 es:

71

- 72 • die Einrichtung des Studiengangs Berufsschullehramt an der BTU Cottbus-Senftenberg,
- 73 • die Pflicht für Berufsschullehrkräfte, bei voller Freistellung und vollem Entgelt alle fünf
74 Jahre ein Vierteljahr in der beruflichen Praxis zu absolvieren, um den Bezug zum
75 Ausbildungsberuf nicht zu verlieren,
- 76 • ein Netz überbetrieblicher Bildungszentren, ein „Chancenverbesserungssystem“ von
77 Angeboten, um Übergänge von der schulischen in die berufliche Bildung zu erleichtern,
- 78 • umfangreiche landespolitische Flankierungen der Exzellenzinitiative Berufliche Bildung
79 des Bundes zur Modernisierung von Berufsschulen in Bezug auf Ausstattung, Behebung
80 des Lehrermangels, aber auch die Weiterentwicklung hin zu einem starken Partner der
81 Betriebe im Bereich der Nationalen Weiterbildungsstrategie (NWS),
- 82 • den quantitativen und qualitativen Ausbau der didaktisch-methodischen Aus- und
83 Fortbildung des Lehr- und Prüfungspersonals,
- 84 • eine Modernisierung der Dualen Ausbildung. Das bedeutet die verbindliche Aufnahme
85 von digitalen und hybriden Formaten in den Berufsschulunterricht, um
86 mobilitätsbedingte Belastungen in der Brandenburger Fläche zu reduzieren,

- die Aktualisierung der neuen Standardberufsbildposition auch bei bestehenden Berufsbildern, damit diese verpflichtend prüfungsrelevant werden. Hier sind entsprechende Ausbildungsordnungen für diese Berufe zu modernisieren,
- eine Flexibilisierung von Ausbildungsinhalten, um mehr berufliche Entfaltungs- und Karrieremöglichkeiten zu ermöglichen und negativen Folgen für Ausbildungserfolge durch Interessenkompromisse bei zu frühzeitiger Spezialisierung zu reduzieren,
- eine Erhöhung der Transparenz und Übersichtlichkeit bei Karrierewegen, individuellem Ausbildungsverlauf und Lernfortschritten,
- ein Landesförderprogramm für eine Bauoffensive für bildungsbezogenes Wohnen. Dadurch soll es für Azubis leichter werden, eine Ausbildung außerhalb der Heimatstadt aufzunehmen,
- eine Öffnung der Studentenwohnheime für alle Menschen in Ausbildung. So kommen Studierende und Azubis schon am WG-Frühstückstisch zusammen.

Es muss das Ziel sein, das Duale Ausbildungssystem zu stärken, aber neue Flexibilität zu ermöglichen, ohne das System auszuhöhlen.

Modernisierung der Fort- und Weiterbildung in Brandenburg

Einen Ausbildungsabschluss im Sinne eines Endes der Notwendigkeit des beruflichen Lernens gibt es heute nicht mehr. Immer schnellere und kürzere Technikzyklen begründen u.a. die Anforderungen im Rahmen eines lebenslangen Lernens. Die Bundesregierung steht vor der Herausforderung, regulatorische Rahmen und Verantwortlichkeiten mit den Sozialpartnern festzuschreiben, doch die Versuche einer wirksamen Nationalen Weiterbildungsstrategie (NWS) haben bisher begrenzte Wirkung gehabt und zu viel Zeit in Anspruch genommen.

Die Sozialpartner tun sich mit Flexibilisierungen und Anerkennungen von Teilqualifikationen, aber auch non-formalen Qualifikationen sehr schwer. Deutschland braucht hier mehr Dynamik und Bereitschaft zur Erprobung neuer Modelle, hierbei kann der Deutsche Qualifikationsrahmen für Weiterbildungen (DQR) eine Stütze sein.

118 Das Land Brandenburg soll Vorreiter werden indem,

- 119
- 120 • ein landesweiter verlässlicher Rahmen geschaffen wird, wie berufliche Fortbildung
 - 121 organisiert und finanziell garantiert wird,
 - 122 • ein Angebotsstandard beschrieben wird, wie Formate der Qualifikationsvermittlung
 - 123 ausgestaltet werden. Hierzu gehören digitale, flexible, nachfrageorientierte, aber auch klar
 - 124 adressatenbezogene Formate, die der Lebens- und Arbeitsrealität der Zielgruppen
 - 125 entsprechen,
 - 126 • die Landesregierung treibende Kraft im Diskurs mit den anderen Ländern und
 - 127 Sozialpartnern wird, wie Bewertung und Testung (Inhalte und Rahmen der Prüfung) des
 - 128 Qualifikationserwerbs standardisiert werden können,
 - 129 • Zertifikate für Teilqualifikationen und non-formale Qualifikationen nicht mehr hierarchisch
 - 130 geordnet werden und einer formalen Anerkennung zugeführt werden,
 - 131 • die Abgrenzung zwischen formaler und non-formaler Bildung reduziert werden,
 - 132 • Aus- und Weiterbildungskonzepte nach einem Erwerbseinstieg verzahnt werden,
 - 133 • die Durchlässigkeit zwischen beruflichen und akademischen Bildungswegen über
 - 134 gegenseitige Anerkennungsmöglichkeiten verbessert wird und
 - 135 • ein verbindlicher Versorgungsgrad beschrieben wird, der jeder Brandenburgerin und jedem
 - 136 Brandenburger bei der beruflichen Weiterbildung garantiert ist, aber auch Brandenburger
 - 137 Unternehmen planerische Sicherheit bei der Deckung von Fortbildungsbedarfen gibt.

138

139 Zu dem Bereich der Weiterbildung zählt die FDP Brandenburg auch Angebote der

140 Grundbildung, wie bspw. Alphabetisierung, aber auch Möglichkeiten eines „Nachholens von

141 Bildung“, um ein enormes Arbeitskräftepotential zu heben, aber auch sozialen Aufstieg durch

142 Bildung zu befördern.

143

144 Angesichts der finanziellen Herausforderungen der Pandemie und des Krieges in der Ukraine

145 darf die Modernisierung und der Ausbau des Aufstiegs-BAföG nicht vergessen werden. Die FDP

146 Brandenburg sieht hierin einen wesentlichen Hebel, mehr Möglichkeiten der

147 Höherqualifizierung in und aus der beruflichen Ausbildung möglich zu machen und damit

148 attraktiver zu gestalten. Gleichzeitig wollen wir die Meisterausbildung durch eine beitragsfreie

149 Meisterschule attraktiver machen.

150

151 **Gesellschaftliche Debatte über bildungspolitische Entwicklungen**

152

153 Die FDP Brandenburg bringt sich in die Debatte über die Veränderungen in den
154 Bildungsinstitutionen der vergangenen zehn Jahre ein und fragt ideologiefrei nach
155 Handlungsnotwendigkeiten. Deutschland hat eine unbeschreibliche Bildungsexpansion
156 erfahren. Das heißt, dass immer mehr junge Menschen Abitur machen und einen
157 Universitätsabschluss anstreben. Damit geht ein „Upgrading der Berufsstruktur“ einher. Hierbei
158 werden immer mehr Qualifikationen von Mitarbeitenden abverlangt und zeitgleich ein
159 Wertverlust von Abschlüssen der Haupt- und Realschulen festgeschrieben. Diese Entwicklung
160 muss beendet werden, indem gesellschaftlich, aber auch politisch die berufliche der
161 akademischen Ausbildung gleichgestellt wird.